

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

## RESOLUTIONSANTRAG

Die von der Freiheitlichen Partei Österreichs in den letzten Wochen auf Plakaten, Inseraten, Presseaussendungen, Wortmeldungen etc. getätigte menschenverachtende Hetze gegen Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde, Vertreter aus Politik und Kunst und Religion ... hat den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik verlassen und ist als solche auf das Schärfste zurückzuweisen.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt spricht sich dafür aus, dieser unwürdigen Verhetzung ein klares Signal in allen Bereichen entgegenzusetzen; insbesondere gegenüber der Jugend sieht es die Bezirksvertretung Leopoldstadt als eine besondere Herausforderung, den Hass-Parolen der Freiheitlichen Partei Österreichs ein klares "Niemals vergessen" entgegenzusetzen.

In der FPÖ sind Personen in Funktionen bzw. als Angestellte tätig, die es als denkmöglich erachten, politische Veränderungen mit struktureller Gewalt und ethnischer wie religiöser Verfolgung herbeizuführen; die Ausübung von Gewalt durch eine Sprache des Hasses gegen unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen mit Migrationshintergrund stuft die Bezirksvertretung als Gefährdung einer friedvollen Entwicklung der Demokratie ein und wird noch stärkere Anstrengungen unternehmen, den Weg einer friedvollen Integration weiter zu beschreiten.

**---> Abgelehnt (alle außer Grüne)**

Die BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger; Gerda Medek und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

## **A N T R A G**

**Die Bezirksvertretung bittet die zuständigen Stellen der Stadt Wien sich für die Ausdehnung des Jugendprojektes „Vielfalt und Zivilcourage“ des Vereins ZARA auf die Hauptschulen und Jugendzentren der Leopoldstadt einsetzen.**

## **B E G R Ü N D U N G**

Der zunehmenden Polarisierung unter Jugendlichen des Bezirks soll etwas entgegen gesetzt werden, das ihnen Verständnis für Gleichbehandlung und gleiche Chancen vermittelt

Der Verein ZARA widmet sich seit vielen Jahren der Präventionsarbeit gegen Rassismus, wobei ein Schwerpunkt der Arbeit in der Vermittlung von Kompetenzen und Zivilcourage an Jugendliche besteht. Im Rahmen des Projektes „Vielfalt und Zivilcourage“ finden Schulworkshops statt, in denen SchülerInnen zu TrainerInnen ausgebildet werden, um anschließend selbst Anti-Diskriminierungstrainings in anderen Klassen durchzuführen.

Waren die bisherigen Zielpersonen BerufsschülerInnen ab 16 Jahren, soll das Projekt das sich bereits in verschiedenen Berufsschulen bewährt hat, nun auch auf Leopoldstädter HauptschülerInnen in der Altersgruppe der 13- bis 16-Jährigen, so wie auf die Jugendzentren des Bezirks ausgeweitet werden.

Im Sinne einer notwendigen Erziehungsarbeit zum friedlichen Miteinander im Bezirk, ersuchen wir Sie um Zustimmung.

**---> Der Kulturkommission zugewiesen.**

Gegen die Stimmen der FPÖ.

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **Antrag**

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden gebeten, die Arnezhoferstraße in 1020 Wien, Stuwerviertel, nach Selma-Steinmetz-Straße umzubenennen. Bis diese Umbenennung erfolgt, sollen an allen drei Eingängen der Arnezhoferstraße Zusatztafeln zur Namensgebung nach "Arnezhofer" aufgestellt werden mit folgendem Text:

Johann Ignaz Arnezhofer (+ 1679), Pfarrer und Kommissär zur "Ordnung der israelitischen Angelegenheiten", organisierte im Jahr 1670 im Auftrag von Leopold I. die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Stadtteil "Unterer Werd" (damaliger Name der Leopoldstadt). Benennung 1906 durch den antisemitischen Bürgermeister Lueger.

### ***Begründung***

In der Leopoldstadt werden zunehmend Handlungen gesetzt, die unter das Verbotsgesetz fallen – Beschmierungen mit Hakenkreuzen. Die FPÖ betreibt Hetze gegen Nicht-österreicher bei den Wahlveranstaltungen, und es wurden dort ebenfalls Handlungen gesetzt, die unter das Verbotsgesetz fallen (Hitlergruß).

Als wäre das nicht genug, wird in der Präsidiale der Kulturkommission ein Text für die Zusatztafel Arnezhoferstraße präsentiert, der sozusagen den 3. antisemitischen Teil in dieser Causa darstellt. Zuerst wurden von Arnezhofer die Juden deportiert, anstelle der Synagoge eine Kirche errichtet und zum Dank wurde der Stadtteil nach dem auftraggebenden Kaiser Leopoldstadt benannt. Dann kam Lueger und er benannte nicht nur die Arnezhoferstraße nach Antisemiten. Nun folgt die traurige Fortsetzung, dass man das alles verschweigen will und wie vorgeschlagen, soll die Zusatztafel nur lauten, dass Arnezhofer der erste Pfarrer der Pfarre St. Leopold war. - Selbst auf [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at) geht man auf die historischen Daten ein, siehe Beilage und auch auf der Pfarre selber, wird die Geschichte der Pfarre nicht verschwiegen.

Die Forderung der Benennung nach Selma Steinmetz kommt von BewohnerInnen des Stuwerviertels und wird von der dortigen Bevölkerung immer breiter getragen.

**Selma Steinmetz**, geb. 1907 in Wien in eine kleine jüdische Kaufmannsfamilie. Sie studierte Geschichte und Germanistik und wurde Lehrerin. Als jüdische Sozialdemokratin fand sie nach 1934 unter den Austrofaschisten keine Anstellung mehr und ging nach Paris, wo sie sich 1939 den kommunistischen Widerstandsgruppen österreichischer EmigrantInnen anschloss. Sie engagierte sich in der „Travail Antiallemand“, der „Antideutschen Arbeit“, die unter deutschen und österreichischen Soldaten Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus betrieb. 1944 wurde sie von der Gestapo verhaftet, gefoltert, zum Glück aber von der französischen Resistance wieder befreit. Sie kehrte nach Wien zurück, wo sie wesentlich am Aufbau des DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands) beteiligt war. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1979 war sie engagiert bei der Erforschung und Aufklärung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie war die erste, die über die Verfolgung von Roma und Sinti im Nationalsozialismus publizierte.

---> **Abgelehnt (alle außer Grüne)**

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung möge beschließen, den Platz vor dem Bahnhof Praterstern, innenstadtseitig, in Platz der Menschenrechte zu benennen.**

## Begründung

Am 10. Dezember 1948 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris die Menschenrechte genehmigt und verkündet.

Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Der 10. Dezember als Tag der Verkündung wird seit 1948 als Internationaler Tag der Menschenrechte begangen. Die Menschenrechtserklärung besteht aus 30 Artikeln, enthält die Grundlagen über die Rechte, die jedem Menschen zustehen, „ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“ Und schon die vorangestellte Präambel erklärt als grundsätzliche Absicht „Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ und „die Würde und den Wert der menschlichen Person und die Gleichberechtigung von Mann und Frau“.

Die von der Freiheitlichen Partei Österreichs in den letzten Wochen auf Plakaten, Inseraten, Presseaussendungen, Wortmeldungen etc. getätigte menschenverachtende Hetze gegen Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde, Vertreter aus Politik und Kunst und Religion und die „Ausländer-Raus-Parolen“ bei den Wahlveranstaltungen, haben gegen die Menschenrechte verstoßen und sind als solche auf das Schärfste zurückzuweisen.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt spricht sich dafür aus, dieser unwürdigen Verhetzung ein klares Signal in allen Bereichen entgegenzusetzen und als Zeichen für unsere MitbürgerInnen insbesondere für die Jugend den Platz vor dem Praterstern in Platz der Menschenrechte zu benennen.

**---> Der Kulturkommission zugewiesen.**

Gegen die Stimmen der FPÖ.

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung möge beschließen, den Platz zwischen Krummbaumgasse/ Tandelmarktgasse und anliegend Große Sperlgasse nach der Politikerin, Sozialarbeiterin, Journalistin, Feministin Anitta Müller-Cohen in Anitta Müller-Cohen-Platz zu benennen.**

## Begründung

Anita Müller-Cohen, geb. 1890 in Wien, gest. 1962 in Israel, setzte 25jährig neue Maßstäbe in der Hilfstätigkeit für die nach Kriegsausbruch in großer Zahl nach Wien geflüchteten galizischen und bukowinischen Juden, die am Nordbahnhof ankamen. Sie organisierte Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, schuf Kinder- und Mütterheime, Heil- und Heimstätten für Frauen und Kinder der verschiedensten Altersstufen, Kindergärten, Analphabeten- und Fortbildungsschulen, Ambulatorien, Notstands- und Altersasyle, Mittelstandsküchen; sie organisierte Arbeitsvermittlung, Nähstuben, Bekleidungsaktionen, nach Beendigung des Kriegs auch Aktionen für Soldaten und andere Heimkehrer. Sie engagierte sich in jüdischen Frauenvereinen wie im Frauenhilfsverband Weibliche Fürsorge, den sie 1914 mitbegründete, sowie im Israelitischen Frauenverein für die Leopoldstadt und Landstraße, zu dessen Vizepräsidentin sie 1916 ernannt wurde. Weiters leitete sie in Wien Aktionen zur Verbesserung der Sozialgesetze, des Kinderschutzes und der Frauenrechte, u.a. bemühte sie sich um aktives und passives Wahlrecht für Frauen zum Gemeinderat und wurde die jüngste Gemeinderätin der Stadt Wien.

Dem Platz gegenüberliegend arbeitet heute Ute Bock, die die Arbeit von Anitta Müller Cohen nun im 21. Jahrhundert fortsetzt, indem sie für die Flüchtlinge, die durch die Unterstützung von Stadt und Staat fallen, Essen und Betten organisiert, für die Kinder Schulplätze und Betreuung besorgt, für Krankenversicherung und für die notwendigen alltäglichen Dinge des Lebens sorgt, und über den Verein Ute Bock auch Deutschkurse und EDV-Kurse für AsylwerberInnen und Konventionsflüchtlinge anbietet. Mehr unter [www.fraubock.at](http://www.fraubock.at).

Ausführlichere Biographie von Anitta Müller-Cohen, aus: Faerber, Meir Marcell: Österreichische Juden: historische Streiflichter. S. 95 f.)

Anitta Müller-Cohen wurde im Jahre 1890 in Wien geboren, studierte an der Universität Wien Lehramt und widmete sich der Sozialarbeit. Da sie wohl situierte Eltern hatte, konnte sie es sich leisten, ihre Nächstenhilfe freiwillig und unentgeltlich zu leisten. Als Zwanzigjährige besuchte sie 1910 zum ersten Male Palästina und im Ersten Weltkrieg organisierte sie ein großes österreichisches Flüchtlingshilfswerk, indem sie - damals fünfundzwanzig Jahre alt - vor allem für unterernährte Kinder, die Umschulung und

Berufsausbildung Jugendlicher und für die Beschaffung von Kleidung und Beschäftigung von Flüchtlingen Sorge trug.

Im Jahre 1920 nahm sie an der Weltkonferenz der jüdischen Sozialverbände teil, auf der sie zur Vorsitzenden gewählt wurde. Sie leitete die Arbeit des Joint Distribution Committee in Österreich, sorgte mütterlich für ukrainische Pogromwaisen und organisierte 1925 die jüdische Sozialarbeit in den USA. Als Neunundzwanzigjährige wurde sie in den Wiener Stadtrat gewählt, wo sie besonders für die Verbesserung der Sozialgesetzgebung und die Institutionalisierung der Wohlfahrtsarbeit eintrat. Um die Aufnahme einer noch nicht voll Dreißigjährigen in den Stadtrat zu ermöglichen, nahm man für Anitta Müller eine Gesetzesänderung vor. Für ihre Verdienste und Leistungen in der Wohlfahrtsarbeit wurde sie von Kaiser Karl mit einem Orden ausgezeichnet. In der Notzeit nach dem verlorenen Kriege organisierte sie Erholungsheime, Volks- und Mittelstandsküchen, Tee- und Wärmestuben für den kalten Winter, Heime und Lehrwerkstätten für mehr als tausend Waisenmädchen und dergleichen mehr. Für zwölftausend unterernährte und kränkliche Kinder schuf und leitete sie das "Kaiser-Karl-Hilfswerk", das bedürftige Kinder zur Erholung in der Schweiz, nach Dänemark, Schweden, Italien, Deutschland, in die Tschechoslowakei und nach Jugoslawien schickte.

Nach einigen Besuchen in Erez Israel übersiedelte sie 1934 nach Tel Aviv, wurde Vorsitzende des Misrachi-Frauenverbandes im Lande, reorganisierte und leitete den österreichischen Einwandererverband Hitachdut Olej Austria, der 'illegalen' Einwanderern ohne Unterschied des Herkunftslandes, der Parteizugehörigkeit und der Ideologie umfangreiche erste Hilfe leistete. Hierzu gehörte eine breitgefächerte Sozial- und Kulturarbeit wie Hebräischunterricht, die Abhaltung von Informationsseminaren in Landeskunde und Judaica, die Verabreichung von Gratismahlzeiten in einer eigens hierfür geschaffenen Mittelstandsküche und ein Arbeitsvermittlungsdienst.

Anitta Müller war auch Mitgründerin des Sozialen Frauendienstes und Mitorganisatorin des Hilfsamtes des Waad Le'umi (der Organisation der jüdischen Landesbevölkerung), half bei der Jugendalijah und einigen anderen Institutionen. Jede Not und jeder Mangel, unter dem ihre Mitmenschen litten, spornte ihre segensreiche Initiative an. Es war ihrer Tatkraft, ihrem Prestige und ihrem Organisationstalent zu verdanken, daß es ihr im Jahre 1950 gelang, die Gebeine des von ihr hochgeachteten Oberrabbiners Zwi Perez Chajes aus Wien nach Israel zu überführen und im Heiligen Land zur letzten Ruhe zu bestatten. Als der Verband der Einwanderer aus Mitteleuropa, Irgun Olej Merkaz Europa, sein Elternheim für Einwanderer aus Österreich im Jahre 1966 einweihte, gab er ihm den Namen 'Bet Anitta Müller-Cohen'.

Noch weitere biographische Details auf der Seiten der Österreichischen Nationalbibliothek, Projekt „Frauen in Bewegung“, unter: [http://www2.onb.ac.at/ariadne/vfb/bio\\_cohen.htm](http://www2.onb.ac.at/ariadne/vfb/bio_cohen.htm)

**---> Der Kulturkommission zugewiesen.**

Gegen FPÖ und ÖVP.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt beschließt gemäß §104c der Wr. Stadtverfassung die Abhaltung einer Bürgerversammlung mit dem Titel „Aktuelle Verkehrsfragen im Stuwerviertel“. Die Bürgerversammlung soll möglichst rasch unter Beiziehung von VertreterInnen der Wiener Linien, der Prater Service GmbH und der Praterdisco (Dome Disco GmbH & Co. KG) abgehalten werden.**

## Begründung

Ende April fand eine Veranstaltung in der Gebietsbetreuung zum Thema „Straßenverkehr im Stuwerviertel“ statt. Interessierte AnrainerInnen diskutierten mit Vertretern von Wiener Linien, Praterverwaltung und der Bezirksvorstehung. Lösungen für die Probleme wurden an diesem Abend leider keine gefunden.

In der Diskussion ging es v.a. um den Lärmverursacher Praterdisco, den Bus 82A, die Parkplatznot bei Messe- und Praterveranstaltungen sowie das geplante neue Parkhaus am Präuscherplatz.

Um weiter an Lösungsmöglichkeiten für diese Probleme mit der Bevölkerung zu arbeiten, sowie noch mehr LeopoldstädterInnen die Teilnahme an dieser Diskussion zu ermöglichen, ist die Durchführung einer Bürgerversammlung angebracht. Da zu erwarten ist, dass die Lärmbelästigung durch die DiscobesucherInnen, die mit dem Auto anreisen, besonders im Sommer einen weiteren Höhepunkt erreichen wird, ist die rasche Abhaltung dieser Bürgerversammlung sinnvoll.

**---> Mehrstimmig angenommen. Gegen die Stimmen der FPÖ.**

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke im Rahmen ihrer – laut Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien zukommender – Zuständigkeit für Beteiligungen der Stadt Wien, sich dafür einzusetzen, dass die Linie 80B von der jetzigen Endstation U2-Krieau über die Ausstellungsstraße bis zum Praterstern verlängert wird - bei gleichzeitiger Verkürzung der Intervalle auf 15 Minuten und Einstellung der Linie 82A. Weiters soll durch diese Linienführung der 11A wieder bei der U2-Station Stadion seine Endstelle bekommen.**

## Begründung

Für den 82A im Stuwerviertel gibt es kaum Bedarf, der Bus ist häufig sehr schwach ausgelastet oder sogar leer. Die aktuelle Trassenführung kann nur sehr wenige nennenswerte Destinationen bedienen. Hingegen fehlt in der Ausstellungsstraße weiterhin ein Oberflächenverkehrsmittel, das die wichtigen Ziele in der Ausstellungsstraße direkt an den ÖV-Umsteigeknoten Praterstern anbindet.

Insbesondere bringt diese Änderung der Linienführung einen Vorteil für die BewohnerInnen des Elderschplatzes, die derzeit weite Fußwege bis zur nächsten U2-Station zu gehen haben.

Weiters würde durch den 80B auch das Pensionistenhaus Prater besser öffentlich erreichbar sein, da der 80B in beiden Richtungen direkt beim Pensionistenhaus Haltestellen in der Engerthstraße hat, im Gegensatz zum 82A, der in Richtung Stadion keine Haltestelle beim Pensionistenhaus in der Engerthstraße hat, sondern nur in der weiter entfernten Vorgartenstraße.

Eine Verlängerung des 11A bis zur U2-Station Stadion wiederum würde vielen SchülerInnen und BesucherInnen des Einkaufszentrums, die aus Richtung der U1-Station Vorgartenstraße kommen das lästige und zeitkostende Umsteigen bei der U2-Station Krieau ersparen.

### **---> Abgelehnt (alle außer Grüne)**

*-> Sehr bemerkenswert, dass auch ÖVP und FPÖ unseren Antrag abgelehnt haben – übrigens ohne dies in der Sitzung zu begründen. Den BewohnerInnen des Stuwerviertels gegenüber behaupten sie ja sonst immer, gegen die Trassenführung des 82A durch das Stuwerviertel zu sein.*

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt fordert die Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke auf, mit den Wiener Linien in Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel, dass die Buslinien 77A und 84A auch bei Großveranstaltungen im Praterstadion über die Meiereistraße fahren und nicht umgeleitet werden.**

## Begründung

Bei Großveranstaltungen im Praterstadion sind die Buslinien 77A und 84A für die BewohnerInnen der Leopoldstadt für viele Stunden nur sehr eingeschränkt bzw. gar nicht verwendbar. Die Busse der Linie 77A verkehren nur zwischen Rennweg und Schlachthausgasse bzw. Stadion und Lusthaus. Die Autobuslinie 84A wird zwischen Schlachthausgasse und Wehlstraße über die A23 umgeleitet.

Zuletzt war dies bei einem Popkonzert Ende Mai der Fall. Auch in diesem Fall hat sich gezeigt, dass es völlig übertrieben ist, wenn die beiden Linien stundenlang umgeleitet bzw. kurzgeführt werden. Es würde keine großen Probleme bereiten, die wenigen Busse in den Zeiten eines erhöhten Fußgängeraufkommens im Bereich Meiereistraße zu führen.

**---> Angenommen.**

Gegen die Stimmen der FPÖ.

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt fordert den Magistrat der Stadt Wien auf, im Bereich des Abgangs Stella-Klein-Löw-Weg der U2-Station Stadion einen Zebrastrifen über die Vorgartenstraße einzurichten.**

## Begründung

Bedingt durch das Stadioncenter und die Messe ist die Vorgartenstraße viel stärker frequentiert als früher und das Verkehrsaufkommen wird sich mit Eröffnung der diversen „viertel 2“-Bauten noch wesentlich erhöhen.

U-Bahn-Fahrgäste, die den „hinteren“ Abgang in der U2-Station Stadion benutzen und die Vorgartenstraße überqueren wollen, müssen entweder einen weiten Umweg zur Ampel bei der Trabrennstraße gehen oder unregelmäßig die Vorgartenstraße überqueren. Dabei kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Dieser Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

**---> Der Verkehrskommission zugewiesen.**

Gegen die FPÖ.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt fordert den Magistrat der Stadt Wien auf, dafür Sorge zu tragen, dass die VLSA Vorgartenstraße/Walcherstraße fußgängerfreundlicher geschaltet wird.**

## Begründung

Bei dieser Kreuzung beträgt die Rotphase für FußgängerInnen bis zu zwei Minuten. Insbesondere auf dem Weg von den neuen Wohnhausanlagen am Nordbahnhofgelände zum Eurospar bzw. zur U2-Station Vorgartenstraße sind solche Wartezeiten völlig unzumutbar.

Im Masterplan Verkehr 2003 heißt es: *„Durch fußgängerorientierte Programme werden minimale Wartezeiten für FußgängerInnen angestrebt.“* Wartezeiten von bis zu 120 Sekunden entsprechen dieser Vorgabe des Verkehrskonzepts der Stadt Wien in keinsten Weise.

Da bei überlangen Wartezeiten auch die Zahl der RotgeherInnen stark zunimmt, ist eine Verkürzung der Rotphasen für FußgängerInnen auch ein Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit.

Dieser Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

**---> Der Verkehrskommission zugewiesen.**

Gegen die Stimmen der FPÖ.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt spricht sich für die Abhaltung einer AnrainerInnenbefragung aus, bei der die BewohnerInnen des Karmeliterviertels gefragt werden sollen, ob im Karmeliterviertel eine flächendeckende Tempo 30 – Zone (mit Ausnahme der Straßenbahnlinie 31 in der Unteren Augartenstraße und den begrenzenden Straßenzügen) eingeführt werden soll.**

**Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht, die entsprechenden Schritte für die Durchführung dieser AnrainerInnenbefragung zu unternehmen. Sollte sich die Bevölkerung mehrheitlich für die Tempo 30 – Zone Karmeliterviertel entscheiden, sollen die zuständigen Stellen des Magistrats mit der Umsetzung dieser Maßnahme betrauen.**

## Begründung

Im Währinger Bezirksteil Gersthof wurde im April 2009 eine Befragung der Bevölkerung abgehalten, ob der Bezirksteil Gersthof zu einer Tempo 30 – Zone werden soll. Damit wollte der Währinger Bezirksvorsteher erheben, wie die betroffene Bevölkerung zu dieser Maßnahme steht.

Auch im Leopoldstädter Karmeliterviertel wird bereits seit langem über die Einführung einer Tempo 30 – Zone diskutiert. In absehbarer Zeit wird das Karmeliterviertel übrigens der einzige Bezirksteil der Leopoldstadt sein, in dem nicht flächendeckend Tempo 30 gilt. Bisher wurde die Einführung von Tempo 30 mit dem Argument abgelehnt, dass die Wiener Linien wegen dem Bus 5A in der Leopoldsgasse dagegen seien.

Doch der Zeitverlust des 5A in der Leopoldsgasse durch Tempo 30 würde sich nur auf ganz wenige Tagesrandzeiten beschränken und auch hier nur minimal sein, wie eigene Messungen ergeben haben. Zu den übrigen Zeiten ist es dem Bus 5A aus Gründen des Verkehrsaufkommens und des Gegenverkehrs praktisch nicht möglich, schneller als 30 km/h zu fahren.

Darüber hinaus haben die Wiener Linien kein formales Vetorecht gegen Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit und unterliegen als 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Wien den Vorgaben der zuständigen Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke (im Rahmen ihrer – laut Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien zukommender – Zuständigkeit für Beteiligungen der Stadt Wien).

Eine Befragung der Bevölkerung im Karmeliterviertel (begrenzt durch die Straßenzüge Taborstraße – Obere Donaustraße - Obere Augartenstraße) soll die Bezirksvertretung Leopoldstadt bei ihrer Entscheidungsfindung, ob im Karmeliterviertel (mit Ausnahme der Straßenbahnlinie 31 in der Unteren Augartenstraße und den begrenzenden

Straßenzügen) eine flächendeckende Tempo 30 – Zone eingeführt werden soll, unterstützen.

**---> Mehrstimmig angenommen. Gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ.**



Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

## Antrag

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien zu prüfen, ob der Praterstern nicht einer neuen gestalterischen Lösung mit fachgerechtem Abtragen der Pergola und einer Umgestaltung des neuen Vordaches, zugeführt werden kann.

## Begründung

Der Praterstern ist seit dem Aufstellen der "Pergola" und des Stahldaches innenstadtseitig unter Kritik von Fachmenschen wie ArchitektInnen und StadtplanerInnen, aber vor allem die LeopoldstädterInnen müssen mit diesen Stahlungetümen Tag für Tag leben.

Die Sache hat enorm viel Geld gekostet, und das Dach gibt, auch wenn es noch so scheusslich ist, doch zumindest Wetterschutz.

Bei der kalten Stahl-Pergola gibt es keinen Nutzen, nicht einmal Begrünung ist durch die Einbetonierung möglich, hier wäre eine Demontage und das Ersetzen durch Bäume vorzuziehen.

Da der Umbau des Pratersterns in Kürze abgeschlossen ist, kann frau sich nun Zeit nehmen und eine für die Zukunft von allen gewollte Gestaltung des zentralen Wiener Platzes zu suchen, mit Ausschreibung, Wettbewerb und vor allem Einbeziehung der LeopoldstädterInnen.

### **---> Abgelehnt (alle außer Grüne)**

*-> Dass die ÖVP diesen Antrag auch abgelehnt hat, hat uns schon verwundert.*

*Schließlich hat sich der Bezirksparteiobmann der ÖVP-Leopoldstadt, Stadtrat Walter noch im letzten September (ein paar Tage vor der Nationalratswahl) bei einer ÖVP-Pressekonferenz mit einer Flex vor der Pergola hingestellt und erklärt, die Pergola solle abgerissen werden.*

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt fordert den Magistrat der Stadt Wien auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Einbahn in der Nebenfahrbahn der Oberen Augartenstraße zwischen Rembrandtstraße und Einfahrt zur Garage der Wohnhausanlage Obere Augartenstraße 18 umgedreht wird.**

## Begründung

AutofahrerInnen in der Oberen Augartenstraße, die vom Gaußplatz kommend in die Rembrandtstraße einbiegen wollen, benützen recht häufig die Zufahrt zur Garage, um dann mit hohem Tempo über die Nebenfahrbahn in die Rembrandtstraße abzubiegen, wenn die Ampel an der Kreuzung Obere Augartenstraße/Rembrandtstraße für sie rot zeigt.

Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Eine Umdrehung der Einbahn in der Nebenfahrbahn würde diesen Abschneider verunmöglichen. Außerdem würde diese Lösung eine direkte Zufahrt aus der Rembrandtstraße über die Nebenfahrbahn zur Garageneinfahrt ermöglichen. Derzeit ist dafür ein langer Umweg über den Gaußplatz notwendig.

Dieser Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

**---> Der Verkehrskommission zugewiesen.**

Gegen die Stimmen der FPÖ.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgenden

## Antrag

**Die Bezirksvertretung Leopoldstadt fordert den Magistrat der Stadt Wien auf, dafür Sorge zu tragen, dass Maßnahmen getroffen werden, damit die Staubentwicklung durch die Sand- und Erdhaufen, die bei den Bauarbeiten am Nordbahnhofgelände temporär aufgeschüttet werden, durch eine Verwendung von Planen oder durch Feuchthalten dieser Aufschüttungen minimiert werden.**

## Begründung

Auf dem Nordbahnhofgelände gibt es baustellenbedingt derzeit viele Sand- und Erdhaufen. Bei starkem Wind entsteht dadurch eine starke Staubentwicklung, welche die AnrainerInnen stark belästigt. Um diese Staubentwicklung hintanzuhalten, ist die Verwendung von Planen oder das Feuchthalten dieser Aufschüttungen sinnvoll.

**---> Abgelehnt. Von SPÖ und FPÖ.**

*Der SPÖ-Sprecher erklärte, dass sie eh schon bei der MA38 angerufen haben, damit diese sich das Problem anschaut. Deshalb sollen wir doch den Antrag zurückziehen.*

*-> Eine einigermaßen unverständliche Argumentation für uns. Schließlich wird es am Nordbahnhofgelände noch jahrelange Baustellen geben und bei all diesen Stauberregern sollen die Magistratsdienststellen Maßnahmen gegen die Staubentwicklung ergreifen – nicht nur jetzt einmal.*

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, die FußgängerInnenzone Marathonweg zwischen Josef-Fritsch-Weg und Hauptallee für Radfahrerinnen und Radfahrer zu öffnen.

### ***Begründung***

Besonders Familien mit kleinen Kindern nutzen den Marathonweg zwischen Josef-Fritsch-Weg und Hauptallee, da er ein gefahrloses Zufahren zum Stadionbad und Hauptallee ermöglicht.

In der bestehenden FußgängerInnenzone Marathonweg soll eine Ausnahmegenehmigung für RadfahrerInnen analog zur Regelung am Karmeliterplatz gelten.

---> **Mehrstimmig angenommen.** Gegen die FPÖ.

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

## **Antrag**

### **Radfahren gegen die Einbahn in der Glockengasse.**

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, die Einbahn in der Glockengasse für den Radverkehr zu öffnen und einen Radstreifen einzurichten.

### ***Begründung***

Die Glockengasse ist im Gegensatz zur parallel führenden Taborstraße eine sehr ruhige Straße und wird vor allem von AnrainerInnen genutzt, hat keine Schienen und ist daher weit mehr geeignet, zwischen den Radverkehrsanlagen Rotensterngasse/Große Stadtgutgasse die fehlende Verbindung herzustellen.

Dieser Antrag ist der Verkehrskommission zuzuweisen.

**---> Der Verkehrskommission zugewiesen.**  
Gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ.

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien Fahrradbügel vor dem Stadionbad und am Stadionparkplatz beim Eingang zur Hauptallee aufzustellen.

### ***Begründung***

Das Stadionbad wird von vielen BesucherInnen mit dem Fahrrad angefahren, auch kommen durch den nunmehr kostenpflichtigen Stadionparkplatz zunehmend JoggerInnen und WalkerInnen mit dem Fahrrad zur Hauptallee, wo es keine Bügel zum Abstellen der Fahrräder gibt.

---> **Mehrstimmig angenommen.** Gegen die FPÖ.

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, den Übergang des Stadtwanderwegs 9 über die Aspernallee so zu kennzeichnen, daß parkende Autos diesen Übergang nicht mehr verstellen.

### ***Begründung***

Der Stadtwanderweg 9 ist stark frequentiert, besonders an Wochenenden. Gerade auch am Wochenende ist die Aspernallee oft so zugeparkt, dass sich die WanderInnen zwischen den Autos durchzwängen müssen, besonders ist es mit Kinderwägen, Kleinkinder mit Fahrrädern mühsam. Weiters wird die Sicherheit gefährdet, da die WanderInnen zwischen den Autos die Straße betreten.

**---> Der Verkehrskommission zugewiesen.**

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgende

## Anfrage

### **Betrifft: Wohnsammelgarage Leopoldsgasse**

Am 18.12.2007 beschloss die Bezirksvertretung Leopoldstadt einen Antrag, in dem der Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr ersucht wird, „*die, für die Errichtung einer Wohnsammelgarage (für rund 150 Dauerstellplätze) unter der Leopoldsgasse, zwischen Malzgasse und Schiffamtsgasse erforderlichen Maßnahmen zu treffen.*“

Seither wurde in den zuständigen Gremien der Bezirksvertretung nicht darüber berichtet, welche Maßnahmen die Stadt Wien in dieser Frage zu ergreifen gedenkt.

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie, Herr Bezirksvorsteher.

1. Haben die zuständigen Stellen des Magistrats bereits Untersuchungen bezüglich der Stellplatzauslastung in diesem Bereich durchgeführt, bzw. in Auftrag gegeben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nicht, warum nicht?
2. Haben die zuständigen Stellen des Magistrats bereits eine Machbarkeitsstudie für das konkrete Projekt durchgeführt, bzw. in Auftrag gegeben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nicht, warum nicht?
3. Liegt Ihnen bereits eine Studie über dieses Projekt vor?
4. Wie lange sollen die Bauarbeiten dauern?
5. In welchem Zeitraum sollen die Bauarbeiten durchgeführt werden?
6. Wird die Leopoldsgasse für die Bauarbeiten temporär gesperrt werden und über welche Straßenzüge wird der Umleitungsverkehr geführt werden?
7. Wie werden die beiden Buslinien in der Leopoldsgasse umgeleitet werden?
8. Wann werden Sie den betreffenden Gremien der Bezirksvertretung genauere Information über das Projekt vorlegen? Und wann der betroffenen Bevölkerung?
9. Gibt es zu diesem Antrag bereits eine Reaktion des Stadtrats? Wenn ja, welche?

Die unterzeichnete Bezirksrätin Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgende

## Anfrage

### **Betrifft: Stadt Fair Teilen in der Leopoldstadt**

Von März bis Mai 2009 fand die Ausstellung „Stadt Fair Teilen – Beispiele für den fair geteilten öffentlichen Raum im Info-Container der MA18 statt.

Im dazugehörigen Folder der MA18 wird ausgeführt, dass 2008 alle Bezirke eingeladen wurden, Projekte einzureichen, die einen Beitrag zu einem fair geteilten öffentlichen Raum leisten.

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie, Herr Bezirksvorsteher.

1. Hat die Bezirksvorstehung Leopoldstadt auch Projekte an die MA18 gemeldet?
2. Wenn ja, welche Projekte?
3. Wenn nicht, warum nicht?
4. Wurden auch Projekte aus der Leopoldstadt prämiert?

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgende

## Anfrage

### **Betrifft: Projekt Erweiterung des Admiral-Casinos im Wurstelprater**

Lt. der Tageszeitung „Kurier“ vom 23.04.2008 wurde in einem Artikel von der Planung eines weiteren Casinos der Fa. Novomatic im Praterstern berichtet. Der „Kurier“ beruft sich dabei auf ein Schreiben der MA36 vom 03.03.2008, in dem es heißen soll: *„Ansuchen um Eigungsfeststellung einer Spielhalle 27A, 27B, 30, 31, und 33A, 33B im Wiener Volksprater für die Errichtung einer Spielhalle „CASINO PRATER“ für 600 Unterhaltungsspiel- und Münzgewinnapparate mit einem Buffet.“*

Das Firmenverzeichnis der Wirtschaftskammer ergibt weist unter

<http://firmen.wko.at/Web/DetailsProdukte.aspx?FirmaID=019d5df3-0615-4a1b-8774-77787cfba625>

als Eigentümer od. Pächter die Austrian Gaming Industries GmbH, ein Unternehmen der Novomatic GmbH aus, welche den angesprochenen Parzellen eine neue Hausnummer gibt. Auszug aus dem internet:

*1020 Wien, Prater 27 (vormals Parzellen: 27A, 27B, 30, 31, 33A und 33B), Spielhalle, Casino Admiral II | noch nicht zugeordnete FG*

Für dieses wurde am 19.05.2009 eine Konzession für den Betrieb von 600 Spielapparaten mit einer Gültigkeitsdauer von 10 Jahren (Gültigkeit bis 19.05.2019) vergeben, wie sich weiters in Erfahrung bringen läßt.

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie, Hr. Bezirksvorsteher, und ersuchen Sie, diese exakt zu beantworten:

1.) Liegt für die Parzellen bzw. das Grundstück ein Baugesuch vor?

Wenn ja –

1.1. Wann wurde dieses bei der Behörde eingereicht?

1.2. Soll sich das Bauwerk über die gesamte erwähnte Fläche erstrecken, oder nur über einen Teil?

1.3. Wird eine Baubewilligung nach § 70 BO angesteht, oder eine nach § 71 BO?

1.4. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß bei einer Baubewilligung der § 70 BO (ein wesentliches Argument Ihrer Fraktion sowie der Prater Service GmbH) für die Änderung des Flächenwidmungsplans 7776) zur Anwendung kommt?

1.5. Welche (maximale) Höhe soll das Bauwerk lt. eingereichten Unterlagen erreichen?

- 1.6. Wird das neue Bauwerk respektive Casino mit dem bereits bestehenden durch einen oberirdischen Durchgang bzw. einer überdachten Brücke über die Zufahrtsstraße verbunden werden?
  - 1.7. Welcher zeitliche Baubeginn und welche Bauzeit wird von dem einreichenden Bauwerber ins Auge gefaßt?
  - 1.8. Ein Neubau auf abgesprochenem Gebiet zwingt zu der Fällung von Bäumen. Um wie viele Bäume welcher Art soll es sich lt. eingereichten Unterlagen handeln?
  - 1.9. Wie stehen Sie als Bezirksvorsteher zu einer Ausweitung der Glückspielbranche im Prater, bzw. wie bewerten Sie die Tatsache, daß die Anzahl der Casinos im Volksprater damit weiter zunehmen würde?
- 2.) Wenn nein – wann ist aufgrund der sich erhärtenden Tatsachen mit einem Baugesuch für den Bau eines weiteren Casinos zu rechnen?

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgende

## Anfrage

**Betrifft: Projekt „Uniongründe“ bzw. „Ausstellungsstraße / Ecke Perspektivstraße“**

Das Magazin „Focus“ berichtet in seiner Ausgabe Mai 2009 unter dem Titel: *„Jury entschied für Hoffmann“* u.a. *„Bereits im Oktober letzten Jahres [Anm: 2008] begann der Ausschreibungsprozess für den architektonischen Realisierungswettbewerb für das Projekt Ausstellungsstraße/Perspektivstraße in der Wiener Leopoldstadt.“*

In der Presseausendung durch die MA53 vom 02.01.2009 mit dem Titel *„Boomende Leopoldstadt zwischen Prater und Stadion“* – siehe

[http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS\\_20090102\\_OTS0035](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20090102_OTS0035)

findet sich folgender Passus: *„Weiters gibt es Überlegungen zu einer Neunutzung des Union-Sportplatzes.“*

In einer Presseausendung der IC Projektentwicklung GmbH. vom 23.3.2009 mit dem Titel *„Architekturwettbewerb für neues Projekt beim Prater entschieden“* wird u.a. festgehalten: *„Bereits im Oktober letzten Jahres begann der Ausschreibungsprozess für den architektonischen Realisierungswettbewerb für das Projekt Ausstellungsstraße/Perspektivstraße in der Wiener Leopoldstadt.[...] Das neue Projekt soll mehrerer Nutzungen aufweisen: Büro, Boardinghouses, Hotel, Serviced Apartments, Kindergarten mit zugehöriger Freifläche sowie Stellplätze in einer Tiefgarage., sowie: Bereits im Frühjahr 2010 soll mit dem Bau der 21.000 Quadratmeter direkt bei der U2 Station Messe Prater begonnen werden.“*

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie, Hr. Bezirksvorsteher und ersuchen Sie, die exakt zu beantworten:

1. Warum wurde das Projekt noch nicht in der BEK vorgestellt?
2. Sollte das Projekt in der BEK vorgestellt werden – wann wird dies sein?
3. Wenn man von einigen Artikeln in Fachzeitschriften für ImmobilienmaklerInnen und ArchitektInnen-Magazinen und einem Artikel im im „Kurier“ vom 27.05.2009 absieht, gab es bis zum Abgabedatum dieses Antrages keine mediale Berichterstattung, aus der die BürgerInnen von diesem Projekt erfahren konnten. Warum wurden die Öffentlichkeit durch Sie, Herr Bezirksvorsteher noch nicht informiert, waren doch Mitglied der Jury (siehe Punkt 5) und sind nach der Entscheidung des Preisgerichtes auch von jeder Schweigepflicht entbunden?

4. Gegedenken Sie, Hr. Bezirksvorsteher, BürgerInnen des zweiten Bezirks vor Baubeginn von dem Projekt zu informieren? – Wenn „Nein“ – warum nicht? – Wenn „Ja“ ab welchem Zeitpunkt und in welcher Form?
5. Das Magazin „ARCHITEKTURJOURNAL“ zählt in der Ausgabe April/Mai u.a. Sie, Hr. Bezirksvorsteher und Hrn. GR Karlheinz Hora als Mitglieder des Preisgerichtes auf. - Was waren für Sie die ausschlaggebenden Kriterien für die Auswahl des Siegermodells für Sie, welche für Hrn. GR Hora?
6. Wurde vor der Auslobung des Projektes die MA18 bez. Verwertung des Gebietes befragt? Wenn Ja: Was wurde von der MA18 vorgeschlagen? – Wenn Nein, warum wurde diese nicht in die Weiterentwicklung des Gebietes miteinbezogen?
7. Das Siegermodell sieht am Spitz hin zur Ausstellungstraße eine EpK-gewidmete Fläche ohne weitere Baubauung vor. Wohin soll der sich derzeit auf diesem Gelände ansässige Kindergarten übersiedelt werden?
8. Lt. Grundbuchauszug um 09.06.2009 befindet das angesprochene Gebiet (Gst. 1408/1, 1408/2 und 1409/34) im Eigentum der Stadt Wien und ist durch die Verkehrsanbindung durch die U2, der neu gestalteten Ausstellungsstraße hochwertiges Baugebiet. Welcher Verkaufspreis (€/m<sup>2</sup>) wird als von der Stadt Wien angestrebt?
9. Wann wird der Flächenwidmungsplan, der sich dzt. in zwei Flächen mit EpK-Widmung und einer weiteren mit GB-Widmung den aufteilt den geplanten Projekten angepaßt?
10. Wie viele Stellplätze sieht die Tiefgarage (siehe Presseaussendung IC Projektentwicklung GmbH) vor?
11. Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs sieht dem Punkt II.2. „Unseren Werten verpflichtetes Handeln“ in einen Unterpunkt fest: „Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Demokratie [...]. Wir treten daher dafür ein, daß alle Menschen das Recht darauf haben, bei Entscheidungen, die sie betreffen, mitzubestimmen und daß das Prinzip der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht wird.“ Sehen Sie als Bezirksvorsteher der Leopoldstadt und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs diesen Grundsatz im bei dem konkreten Fall verwirklicht, und wenn – in welcher Form?

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger, Wolfgang Kamptner und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16.6.2009 folgende

## Anfrage

### **Betrifft: Hundezone Manès-Sperber-Park**

Von AnrainerInnen wurde uns berichtet, dass die Hundezone im Manès-Sperber-Park durch die Fäkalien der Tiere zu einer starken Geruchsbelästigung der unmittelbaren AnrainerInnen und der BesucherInnen des Parks führt.

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen an Sie, Herr Bezirksvorsteher.

1. Haben Sie von diesem Problem bereits Kenntnis erlangt?
2. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dieses Problem zu beheben?
3. Ist auch an die Absiedlung der Hundezone gedacht?

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:  
Wahlen gem. §20 Z3 GO-BV sind geheim durchzuführen, sobald ein Mitglied der Bezirksvertretung dies verlangt.

### **BEGRÜNDUNG**

Das geheime Wahlrecht ist eine wichtige demokratische Errungenschaft. Nur bei Einstimmigkeit in der Bezirksvertretung soll darauf verzichtet werden.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

**---> Abgelehnt (alle außer Grüne)**

Gilt auch für alle weiteren Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:  
Protokolle von Sitzungen der Bezirksvertretung, Ausschüssen und Kommissionen sollen elektronisch versendet werden.  
Auf Wunsch eines Bezirksrats/einer Bezirksrätin soll eine Zustellung der Protokolle an diese auf Papier erfolgen.

### **BEGRÜNDUNG**

Es entspricht dem Stand der Technik elektronische Übermittlungen zu verwenden und dient außerdem dem Umweltschutz, indem der Papierverbrauch reduziert wird. Für BezirksrätInnen ohne Internetzugang soll aber selbstverständlich die herkömmliche Form beibehalten werden.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:  
Jedes Mitglied der Bezirksvertretung soll die Möglichkeit haben, kurze erläuternde Begründungen im Protokoll festhalten zu lassen.

### **BEGRÜNDUNG**

Da die Protokolle äußerst knapp gehalten sind, ist es manchmal hilfreich zum besseren Verständnis Anmerkungen festhalten zu lassen.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:  
Die gesammelten Anfragen und Anträge aller Mitglieder der Bezirksvertretung zu einer Sitzung der Bezirksvertretung sollen spätestens am Tag nach dem Abgabetermin den Fraktionen – am besten in elektronischer Form – übermittelt werden.

### **BEGRÜNDUNG**

Der Antragsentwurf des Gemeinderats sieht eine Verlängerung der Einreichfrist von drei auf sechs Tage vor, aber er sieht nicht vor, dass die früher eingereichten Anträge und Anfragen auch dementsprechend früher an die Fraktionen weitergeleitet werden.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:

Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge seinen Antragsentwurf zur Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen noch einmal überdenken, und die Frist von drei Tagen für die Einbringung von Anfragen und Anträgen beibehalten.

### **BEGRÜNDUNG**

Die Praxis hat gezeigt, dass die Frist von drei Tagen zur Einbringung von Anfragen und Anträgen durchaus ausreichend ist. Nur ein minimaler Anteil der Anfragen wurde gem. §23 GO-BV in der übernächsten Sitzung beantwortet.

Außerdem sind in weiterer Folge auch auf Bezirksebene Fraktionsvereinbarungen angedacht, sodass – falls von allen Fraktionen gewünscht – auch eine längere Einreichfrist möglich sein kann.

Eine Verlängerung auf sechs (Werk-)Tage schränkt die Möglichkeiten Anfragen und Anträge zu aktuellen Gegebenheiten einbringen zu können unnötigerweise ein und beschränkt die oppositionelle Arbeit.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:

Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge seinen Antragsentwurf zur Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen noch einmal überdenken, und die Möglichkeit zur Zulassung für verspätet eingebrachte Anträge („Dringlicher Antrag“) beibehalten.

### **BEGRÜNDUNG**

Die Praxis hat gezeigt, dass es durchaus vorkommen kann, dass aufgrund aktueller Ereignisse auch nach der Frist die Einbringung von Anträgen notwendig sein kann. Die Möglichkeit auf tagespolitisch aktuelle Probleme rasch reagieren zu können, sollte den Bezirksvertretungen nicht genommen werden.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge seinen Antragsentwurf zur Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen noch einmal überdenken, denn bei elektronisch eingebrachten Anfragen und Anträgen reicht es aus, wenn die Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin bzw. des Antragstellers/der Antragstellerin zumindest bei Sitzungsbeginn vorhanden ist.

### **BEGRÜNDUNG**

Wir begrüßen die Möglichkeit Anfragen und Anträge in Zukunft auch elektronisch (z.B. per Email) einbringen zu können. Es ist auch wichtig, dass jede Anfrage/jeder Antrag, der in der Sitzung der Bezirksvertretung behandelt werden soll, zumindest von einem Mitglied der Bezirksvertretung unterzeichnet wird. Es ist aber nicht notwendig, dass dies mindestens eine Stunde vorher – wie im Entwurf vorgesehen – zu erfolgen hat. Eine Unterschrift bei Sitzungsbeginn ist ausreichend, nicht unterschriebene Anfragen bzw. Anträge werden in dieser Sitzung nicht behandelt.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Die Bezirksvertretung begrüßt die im Antragsentwurf des Gemeinderats zur Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen vorgesehene sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern und spricht sich dafür aus, dass auch in der Verlesung von Anfragen und Anträgen sowie von Geschäftsstücken die weiblich Form berücksichtigt wird.

### **BEGRÜNDUNG**

Leider gibt es immer noch viele Bereiche, wo Frauen benachteiligt werden. Mit der sprachlichen Gleichbehandlung im vorliegenden Entwurf wird ein weiterer Schritt in die Richtung einer gleichberechtigten Gesellschaft gesetzt. In vielen anderen Bereichen sind aber weitere Maßnahmen noch notwendig.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben: Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:

Wenn eine Anfrage mündlich beantwortet wird, dann muss diese Antwort auch schriftlich den Fraktionen übermittelt werden.

Wenn Antworten zu Anträgen, Geschäftstücken u.a. von Organen der Stadt Wien mündlich vorgelesen werden, dann müssen diese Antworten auch schriftlich den Fraktionen übermittelt werden.

Die Übergabe der schriftlichen Antworten soll auch für Ausschüsse und Kommissionen Gültigkeit haben.

### **BEGRÜNDUNG**

Da die mündlichen Antworten oft zu schnell und unvollständig runtergelesen werden, bringt die schriftliche Beantwortung einen Wissensgleichstand für die Bezirksvertretung und im optimalen Fall, werden die Anfragebeantwortungen bei den öffentlichen Sitzungen auch den Besucherinnen und Besuchern überreicht.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:

Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:  
Öffentliche Sitzungen sollen öffentlich dokumentiert werden können.

### **BEGRÜNDUNG**

Prinzipiell soll es erlaubt sein – analog zum Gemeinderat – öffentliche Sitzungen öffentlich zu machen, sei es in Form von Übertragung im www oder mit anderen Medien. Nur in begründeten Fällen soll es untersagt werden.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:  
Bei Anfragen soll auf Ersuchen der Anfragerstellerin/des Anfragerstellers eine Debatte möglich sein, egal ob die Anfrage mündlich oder schriftlich beantwortet wurde.

### **BEGRÜNDUNG**

Besonders bei aktuellen Fragestellungen hilft die Debatte möglicherweise offene Punkte zu klären, ohne daß dafür neue Anfragen nötig werden, auf deren Beantwortung außerdem sehr lange, nämlich bis zur nächsten Bezirksvertretungssitzung, gewartet werden muss.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:  
Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

Die unterzeichneten BezirksrätInnen Uschi Lichtenegger und FreundInnen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 16. Juni 2009 folgenden

### **ANTRAG:**

Der Gemeinderat möge bei einer Änderung der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen folgende Überlegungen einfließen lassen:

Falls es zu einer Ortsverhandlung aufgrund eines angenommenen Antrags kommt, so ist der antragsstellenden Fraktion eine Einladung zukommen zu lassen, sodass diese einen Vertreter oder eine Vertreterin entsenden kann.

### **BEGRÜNDUNG**

Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei Ortsverhandlungen die VertreterInnen des Bezirksvorstehers nicht immer alle Informationen zur Verfügung haben, oder die Absicht und die Hintergründe eines Antrags nicht kennen. Anträge werden deswegen manchmal aufgrund von Fehlinterpretationen nicht unterstützt.

Eine Beiziehung eines Vertreters bzw. einer Vertreterin der antragsstellenden Fraktion kann zur Klärung von allfälligen Fragen und Vermeidung von Missverständnissen dienen.

Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Änderung der Verordnung des Wiener Gemeinderates, mit der der Beschluss des Wiener Gemeinderates über die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen geändert wird, wurde mit dem Schreiben v. 7. Mai 2009 an die Bezirksvertretung eingefordert und wird hiermit abgegeben:

Gemäß § 1 Z 1 der Verordnung des Bürgermeisters, mit der jene Angelegenheiten bestimmt werden, hinsichtlich derer die Bezirksvertretungen anzuhören sind, Abl. Der Stadt Wien Nr. 12/1998, sind, bevor der Gemeinderat die Geschäftsordnung beschließt, Äußerungen der Bezirksvertretungen einzuholen.

**NICHT ZUGELASSEN – Begründung: Ortsverhandlungen werden in der Stadtverfassung geregelt. Wir meinen, es steht hier eine Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an, und es spricht überhaupt nichts dagegen, die Ortsverhandlungen auch in die GO aufzunehmen.**